

# Deutsche Repression gegen Palästina-Verteidiger führt zu UN-Warnung

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 15. 01.20

(Übersetzung von palaestina-portal.eu)

UN-Experten haben die deutsche Regierung davor gewarnt, dass die Verschärfung des harten Vorgehens gegen Anhänger der Rechte der Palästinenser die Meinungsfreiheit verletzt.

Die vier Sonderberichterstatter für Versammlungsfreiheit, Menschenrechtsverteidiger, Menschenrechte in Palästina und Religionsfreiheit haben Deutschland im Oktober einen Brief geschickt. Es wurde im vergangenen Monat veröffentlicht, nachdem die deutsche Regierung nicht geantwortet hatte.

Die unabhängigen UN-Experten äußerten sich besorgt darüber, dass eine im vergangenen Mai vom Bundestag verabschiedete Resolution, die die BDS - die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung für die Rechte der Palästinenser - angreift, „unangemessene Einschränkungen des Rechts auf Meinungs- und Redefreiheit, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit“ auferlegt.

In der unverbindlichen Resolution werden deutsche Institutionen und Behörden aufgefordert, zivilgesellschaftlichen Gruppen, die die gewaltfreie BDS-Bewegung unterstützen, Mittel und Einrichtungen zu verweigern, um Israel für jahrzehntelange militärische Besatzung, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen an Millionen von Palästinensern zur Rechenschaft zu ziehen.

Dennoch hat die Resolution bereits die Voraussetzungen für Verleumdungskampagnen und offizielle Repressionen gegen Künstler, Journalisten und sogar den Leiter des Jüdischen Museums Berlin geschaffen, die ihre Solidarität mit den Palästinensern oder ihre Unterstützung für die Redefreiheit zum Ausdruck gebracht haben.

Diese Entwicklungen scheinen bereits die von den unabhängigen UN-Experten geäußerte Besorgnis zu bestätigen, dass die Resolution „die friedlichen Aktivitäten von Menschenrechtsverteidigern, Gruppen und Organisationen, die Menschenrechtsverletzungen als Teil der BDS-Bewegung anprangern, behindern könnte, indem sie den ihnen zur Verfügung stehenden bürgerlichen Raum für die Äußerung legitimer Klagen verkleinert“.

Die UN-Sonderberichterstatter fordern die Bundesregierung auf, zu erläutern, wie die Anti-BDS-Resolution den internationalen Verpflichtungen Deutschlands zum Schutz der Meinungsfreiheit entspricht, damit Menschenrechtsverteidiger „ihre legitime Arbeit in einem sicheren und förderlichen Umfeld und ohne unangemessene Einschränkungen ausüben können“. Das offensichtliche Ausbleiben einer Reaktion der deutschen Regierung ist kein ermutigendes Zeichen.

## **Zeitschrift vom Vorwurf des „Antisemitismus“ freigesprochen**

Aber es ist nicht alles schlecht in Deutschland für die Verfechter der demokratischen und menschlichen Grundrechte. Die UN-Berichterstatter sagen, dass sie „durch die jüngsten Landgerichtsentscheidungen“ in Deutschland seit dem Bundestagsbeschluss ermutigt werden, „die zugunsten von Gruppen oder Organi-

sationen entschieden haben, die wegen ihrer Unterstützung für die BDS-Bewegung von kulturellen Veranstaltungen ausgeschlossen wurden“.

Und im Dezember kam der deutsche Presserat einstimmig zu dem Schluss, dass die Vorwürfe gegen eine große Wochenzeitung unbegründet sind. Der [Spiegel hatte eine umfangreiche Untersuchung über die Aktivitäten der Israel-Lobbygruppen im Bundestag veröffentlicht](#).

Das Magazin beauftragte sechs Journalisten, den Einfluss pro-israelischer Gruppen auf die Verabschiedung der Anti-BDS-Resolution in Deutschland zu untersuchen. Im Juli erschien ein umfangreicher Bericht, in dem der Einfluss zweier deutscher Pro-Israel-Lobbygruppen aufgedeckt wurde. Der Artikel löste eine heftige Debatte in den Medien aus.

Felix Klein, der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, griff den Spiegel-Artikel als „höchst problematisch“ an. Er warf den Autoren vor, „antisemitische Klischees wie das der allmächtigen jüdischen Weltverschwörung“ zu verwenden.

Ein Bürger reichte beim Presserat eine Beschwerde ein, in der er behauptete, dass der „gesamte Text“ des Artikels antisemitische Tropen benutzte und dass seine Autoren eine „Affinität zu antisemitischen Stereotypen“ zeigten.

Aber [„es gab keine Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht“](#), schloss der aus acht Vertretern von Journalisten, Zeitungsverbänden und Gewerkschaften bestehende Ratsausschuss. „Die Einschätzung des Beschwerdeführers, dass der Artikel auf einer vorgefassten Absicht mit eindeutig antisemitischen Tendenzen beruhte, ist für das Komitee unverständlich“, erklärte das Gremium.

Die Berichterstattung des Spiegel beleuchtet die Lobbyarbeit von Elio Adler, dem Vorsitzenden der Wertelinitiative. In den Monaten vor der Abstimmung hatte Adlers Gruppe dafür geworben, die BDS-Bewegung als antisemitisch einzustufen und ihre Finanzierung zu verbieten.

Ein deutscher Bundestagsabgeordneter warf der Gruppe „systematische Einflussnahme“ vor.

Adler war auch Vorstandsmitglied einer Gruppe namens Naffo, die die Positionen des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu beförderte. Beide Gruppen haben laut dem Spiegel „höchst fragwürdige“ Methoden angewandt, um die deutsche Politik zu beeinflussen. Dazu gehörten die Organisation von Runden Tischen und die Erarbeitung von Positionspapieren für befreundete Gesetzgeber, die innerhalb der Lobbygruppen als „Kontaktabgeordnete“ bezeichnet wurden.

Die Gruppen würden auch Junkets nach Israel für Gesetzgeber organisieren und sogar Spenden an Politiker arrangieren. Der Spiegel stellte die Unabhängigkeit der Politiker in Frage, die von solchen Aktivitäten profitierten. Trotz des Bestrebens, solche Reportagen als antijüdische Bigotterie darzustellen, kam der Presserat zu dem Schluss, dass die Berichterstattung des Spiegels sachlich sei.

Die Untersuchung der Wochenzeitung deutet darauf hin, dass die Israel-Lobby-Kampagne in Deutschland Taktiken anwendet, die an jene erinnern, die in Großbritannien und den USA zur Erlangung von Einfluss eingesetzt werden, wie die jüngsten Undercover-Dokumentationen von Al Jazeera zeigen.

Unmittelbar nachdem der Bundestag im Mai die Anti-BDS-Resolution verabschiedet hatte, lobte Israel den Antrag, weil er völlig gefälschte und verleumderische „Ähnlichkeiten zwischen dem Boykott jüdischer

Geschäfte während der Nazi-Herrschaft und dem Boykott Israels“ zeichnete. Gilad Erdan, Israels Minister für strategische Angelegenheiten, begrüßte die deutsche Resolution als “einen wichtigen Schritt im Krieg gegen den Boykott“. Erdan hat im Namen Israels den Ruhm für die Verabschiedung von Anti-BDS-Maßnahmen in mehr als zwei Dutzend US-Bundesstaaten übernommen.

Das Ministerium bezahlt israelische Zeitungen für die Veröffentlichung von Anti-BDS- und anti-palästinensischer Propaganda und “ist stolz darauf, ein 'Netzwerk' von nationalen und internationalen Organisationen geschaffen zu haben, um seine Politik umzusetzen“, so die unabhängige israelische Publikation The Seventh Eye.

### **Österreich folgt Deutschland**

Trotz Kritik und Rückschlägen treiben Israel und seine Lobbygruppen die Bemühungen voran, den Europäern, die sich gegen die systematische Misshandlung der Palästinenser wenden, einen Maulkorb zu verpassen.

Noch in diesem Monat wird das österreichische Parlament über eine ähnliche Resolution wie die deutsche abstimmen: Sie setzt den BDS mit Antisemitismus gleich und fordert, dass Gruppen, die die Kampagne unterstützen oder “die Existenz Israels in Frage stellen“, keine Finanzierung und keine Veranstaltungsorte erhalten. Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum, einschließlich der Neonazi-Freiheitspartei und der angeblich linken Sozialdemokraten, haben sich zusammengeschlossen, um die Resolution zu unterstützen, die voraussichtlich verabschiedet wird.

**Anfang dieses Monats schrieben Dutzende von palästinensischen Organisationen der Zivilgesellschaft an die österreichischen Gesetzgeber und forderten sie auf, die Maßnahme nicht zu unterstützen. „Wir loben alle aufrichtigen und ernsthaften Bemühungen, den Antisemitismus zu bekämpfen, weil wir, wie Sie, Antisemitismus als eine der schädlichsten Formen des Rassismus ablehnen, insbesondere angesichts der zunehmenden antisemitischen Bigotterie und Hassverbrechen in ganz Europa“, so die Gruppen in einer Erklärung.**

Aber sie sagen, dass die österreichische Resolution - wie Maßnahmen in vielen anderen Ländern - “auf einer betrügerischen Definition von Antisemitismus basiert, die den friedlichen Protest gegen Israels Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen mit Antisemitismus verbindet“.

Auch ohne eine Resolution im Nationalparlament sehen sich MenschenrechtsverteidigerInnen in Österreich bereits einer zunehmenden Zensur ausgesetzt, wenn sie sich für die Rechte der PalästinenserInnen einsetzen.

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/german-crackdown-palestine-defenders-prompts-un-warning>